

## Geilenkirchener Haushalt

# Vier Millionen Euro Minus: Die Steuern steigen

26. MÄRZ 2022 UM 06:00 UHR | Lesedauer: 4 Minuten



Dieser Teil der Konrad-Adenauer-Straße ist ab April nur halbseitig befahrbar. In Richtung Bahn geht nichts mehr. Foto: MHA/Udo Stüßer

**GEILENKIRCHEN.** Ein klaffendes Haushaltsloch, höhere Grund- und Gewerbesteuer und Ukraine-Flüchtlinge waren unter anderem Themen der jüngsten Ratssitzung.

---

VON [UDO STÜßER](#)

Redakteur

---

In der städtischen Kasse klafft ein dickes Loch, Rat und Verwaltung mahnten am Mittwochabend zur Sparsamkeit. Die wesentlichen Themen der Ratssitzung:

**Haushalt:** Mit den Stimmen von CDU, Bürgerliste und FDP wurde am Mittwochabend der Haushalt für das Jahr 2022 verabschiedet. SPD und Grüne stimmten gegen ihn. Streitpunkte waren hauptsächlich der von CDU, Bürgerliste und FDP gestellte Antrag auf Einführung eines Sicherheitsdienstes und die Erhöhung der Grundsteuer A und B und der Gewerbesteuer. 79 Millionen Euro Einnahmen stehen Ausgaben in Höhe von 83 Millionen Euro entgegen, so dass ein Defizit von vier Millionen Euro besteht. In den nächsten Jahren könnte die Haushaltssicherung drohen.

**Grund- und Gewerbesteuer:** Um eine Verbesserung in Höhe von 1,14 Millionen Euro erreichen und ein drohendes Haushaltssicherungskonzept vermeiden zu können, mussten aus Sicht der Verwaltung die Erträge aus den Grundsteuern A und B gesteigert werden. Durch eine „moderate“ Anpassung der Gewerbesteuer wird mit einem Mehrertrag in Höhe von 284.000 Euro gerechnet. Die Grundsteuer A wurde von 267 Prozent auf 300 Prozent, die Grundsteuer B von 486 Prozent auf 600 Prozent und die Gewerbesteuer von 418 Prozent auf 430 Prozent angehoben. SPD und Grüne stimmten dagegen.



Das Kreissparkassengebäude wird komplett abgerissen und innerhalb von etwa zwei Jahren neu gebaut. Es sollen eine neue Filiale und Wohnungen entstehen. Foto: Udo Stüsser

**Hundesteuer:** Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Rat einstimmig beschlossen, Assistenzhunde, die der Hilfe schwerbehinderter Personen dienen, von der Steuer zu befreien. Es muss allerdings ein Schwerbehindertenausweis oder eine ärztliche Verschreibung für den Assistenzhund vorgelegt werden. Die Steuerbefreiung muss beantragt werden und wird nur dann gewährt, wenn der Hund aufgrund seiner besonderen Ausbildung geeignet ist, die bestehende Behinderung zu mildern. Es muss eine besondere Ausbildung des Hundes nachgewiesen werden.

**Ukraine-Flüchtlinge:** Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld teilte mit, dass derzeit 123 Menschen aus der Ukraine auf privatem Weg nach Geilenkirchen geflüchtet sind. Auf dem Weg der offiziellen Zuweisung erwartet die Stadt in den nächsten Tagen 19 Flüchtlinge. „Die Zahlen steigen täglich. Aber die Hilfsbereitschaft ist groß. Viele haben Wohnungen angeboten, trotzdem kommen wir langsam ans Ende unserer Kapazitäten“, sagte sie. Wer von einer leerstehenden Wohnung wisse, solle sich bei der Verwaltung melden. Die Ortsvorsteher habe sie bereits angeschrieben. Auch werde kurzfristig eine größere Lagerfläche benötigt für Betten, Decken und Dinge des täglichen Bedarfs. „Wir denken über unsere Turnhallen als Unterkünfte nach. Denn wenn es so weitergeht, reichen die Privatunterkünfte nicht mehr“, bat sie um weitere Hilfe. Die Aufnahme von Flüchtlingskindern in den Geilenkirchener Schulen laufe auch. Gero Ronneberger (Bürgerliste) regte an, bei der Stadt ein Spendenkonto einzurichten. Ritzerfeld sprach sich dagegen aus, schließlich habe man auch noch fast 200 Flüchtlinge aus anderen Staaten. Mit einem Spendenkonto nur für Ukraine-Flüchtlinge Sorge man für eine Zweiklassengesellschaft.



Das Rathaus platzt aus allen Nähten. Deshalb soll das Jugend- und Sozialamt in das Gebäude von NEW an der Nikolaus-Becker-Straße ziehen. Foto: ZVA/Udo Stüßer

**Kreissparkassen-Neubau:** Am 4. April wird mit dem Abriss des Kreissparkassen-Gebäudes an der Konrad-Adenauer-Straße begonnen. Dies teilte Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld mit. Allein der Abriss dauere sechs Monate, die Bauzeit betrage etwa zwei Jahre. Es soll ein modernes Gebäude mit Sparkassenfilialen und Wohnungen entstehen. Die Konrad-Adenauer-Straße wird von der Kreissparkasse bei zur Einmündung Herzog-Wilhelm-Straße halbseitig gesperrt. Der Autoverkehr fließt wie bisher nur in Richtung Innenstadt. Eine Fahrt vom Kreisverkehr am Markt über den Parkplatz weiter in Richtung Bahnübergang ist dann auch nicht mehr möglich.

**Rathaus-Erweiterung:** Das Geilenkirchener Rathaus platzt aus allen Nähten. Seit Jahren suchen Rat und Verwaltung eine Lösung, haben Pläne über Neubau, Anbau oder Teilumzug verworfen. Jetzt werden die räumlichen Probleme gelöst: Spätestens im Herbst soll das Jugend- und Sozialamt in das NEW-Gebäude an der Nikolaus-Becker-Straße ziehen. NEW hatte in dem großen Verwaltungsgebäude Leerstand, die Stadt hat Räume angemietet.

**Fliegerhorstsiedlung:** Daniela Ritzerfeld hat auf Anordnung von Landrat Stephan Pusch den Ratsbeschluss vom 27. Oktober zur Straßenplanung im westlichen Teil der Fliegerhorstsiedlung beanstandet. Die Pläne sahen 1,25 Meter breite Gehwege vor. Dies sei nicht barrierefrei, argumentierte Behindertenbeauftragter Heinz Pütz und fand in der Grünen-Fraktion und in „Fuss e.V.“ Mitstreiter. Der Landrat sieht 1,50 Meter als Mindestbreite, Fuss e.V. fordert zwei Meter. Jetzt wird die Verwaltung die Planungen noch einmal überarbeiten. Es soll ermittelt werden, ob bei zwei Meter breiten Gehwegen nicht doch mehr Parkplätze eingerichtet werden können.

**Schülerjahreskarte:** Mit der Neuregelung der Kriterien für die Ausstellung von Schülerjahreskarten hatte sich bereits der Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur beschäftigt. Dies war erforderlich, weil zwei Teverener Eltern protestiert hatten, deren Kinder keine Buskarte erhalten hatten. Die Kriterien wurden so festgelegt, dass auch sie eine Buskarte erhalten. Max Weiler (CDU) hatte in der Sitzung beantragt, auch Hochheid auf die Liste der Ortschaften zu nehmen, in denen Schülerfahrkarten in der Sekundarstufe I vergeben werden. Auch für diese Kinder sei der Schulweg zu gefährlich, argumentierte er. Dem stimmte der Stadtrat ebenfalls zu.